

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1832/2023**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 28.11.2023

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon:  
 Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### Betreff:

**Kooperationen nur mit Bekenntnis zur deutschen Staatsräson  
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2023 -**

### Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen kooperiert bis auf weiteres nicht mehr mit Institutionen, Interessenvertretungen und/oder Verbänden, solange diese sich nicht vorbehaltlos zur deutschen Staatsräson - dem Existenzrecht Israels - bekennen und die Taten palästinensischer Terroristen uneingeschränkt verurteilen. Dies umfasst jede Form von gemeinsamen Veranstaltungen, finanzieller oder personeller Kooperation sowie der Beteiligung dieser Vereine bei Projekten, an denen die Universitätsstadt Gießen finanziell oder personell beteiligt ist.“

### Begründung:

Gießen setzt sich gegen Antisemitismus sowie gegen Rassismus in unserer Stadt ein. Ein Beispiel für das Engagement gegen Antisemitismus ist der neue Runde Tisch gegen Antisemitismus in der Stadt. Zahlreiche Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus und zur Aufklärungsarbeit sind in Gießen verwurzelt. Friedliches interreligiöses und interkulturelles Zusammenleben haben in unserer Stadt einen festen Platz. Neben Bekundungen und Positionierungen muss auch konkretes Handeln im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt folgen. Es muss hierfür erwartet werden dürfen, dass sich sämtliche Kooperationspartner der Stadt uneingeschränkt zur deutschen Staatsräson bekennen.

Klaus Peter Möller  
Fraktionsvorsitzender